



## **Alternativantrag**

der Fraktionen CDU und Bündnis 90/ Die Grünen

zu „Sozialen Zusammenhalt sichern: Entlastungs- und Sicherungspaket gegen steigende Energiekosten in Schleswig-Holstein“ (Drucksache 20/125)

### **Gasmangellage verhindern – Energieeinsparungen sozial verträglich ausgestalten**

Als Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine setzt Russland seine gedrosselten Energielieferungen als gezielte Strategie zur Schwächung Europas ein. Auch Schleswig-Holstein wird dadurch vor besondere Herausforderungen gestellt.

Mit Blick auf den Herbst und Winter diesen und nächsten Jahres wird mit den Szenarien der Bundesnetzagentur zur Energieversorgung deutlich, dass ohne weitere Maßnahmen zur Einsparung von Gas eine Gasmangellage nicht verhindert werden kann, sollten die russischen Gaslieferungen ausbleiben oder auf geringem Niveau verharren.

Schleswig-Holstein muss sich daher auf eine Zielgröße an Einsparungen von mindestens 20% des bisherigen Gasverbrauchs vorbereiten. Dies wird einschneidende Maßnahmen und eine solidarische Kraftanstrengung erfordern. Es bedarf dabei eines Dreiklangs aus schnell wirkenden Einsparungen, kurzfristigen Ersatzlösungen und langfristigen Maßnahmen zur Stärkung der Energieunabhängigkeit, um gestärkt aus der Krise zu kommen.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung Anfang September zu einem Spitzengespräch zur Energieversorgung im Land laden wird, bei dem die Spitzen der Kommunen, der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Wohnungs- und Landwirtschaft, sowie von Sozialverbänden und Verbraucherschutz an einen Tisch kommen. Dabei soll gemeinsam beraten werden, wie das Einsparungsziel von mindestens 20% des Gasverbrauchs erreicht werden kann. Schnell wirkende Einsparungen werden alle Bereiche treffen. Jeder wird seinen Teil dazu beitragen müssen: Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Industrie und Verwaltungen. Die Landesverwaltung ist hier mit dem bereits vorgelegten Stufenplan zu Energieeinsparungen auf dem richtigen Weg.

Der Landtag begrüßt weiter die Anstrengungen der Landesregierung für kurzfristige Ersatzlösungen, wie z.B. Unternehmen einen Fuel Switch zu anderen Energieträgern zu ermöglichen. Ebenso unterstützt der Landtag die Einrichtung einer schwimmenden Regasifizierungseinheit, eines sogenannten FSRU, in Brunsbüttel. Hier trägt Schleswig-Holstein eine gesamtdeutsche Verantwortung. Der Landtag bitte die Landesregierung alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit die Installation der schwimmenden LNG-Einheit zum Jahreswechsel erfolgen kann und deren Anschluss an das Gasverteilnetz die Versorgungssicherheit weiter verbessert.

Der Landtag begrüßt die Ankündigung der Landesregierung, einen Schutzschirm für Stadtwerke zu prüfen, die aufgrund der Turbulenzen an den Strom- und Gasmärkten in finanziellen Schwierigkeiten geraten. Die Grundversorgung mit Strom und Wärme in unseren Kommunen soll weiterhin zu jedem Zeitpunkt gesichert sein.

Für eine langfristige Strategie der Energieunabhängigkeit ist der ambitionierte Ausbau von erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein unerlässlich. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung die Einrichtung eines 50 Mio. € Klimaschutzprogramms für Bürgerinnen und Bürger auf den Weg bringen wird. Es soll dabei helfen, im privaten Bereich die Abhängigkeit von fossilen Energien schneller zu reduzieren. Bereits im kommenden Winter soll die Beantragung einer Förderung von Wärmepumpen, Batteriespeichern und weiteren Technologien möglich sein.

Der Landtag bittet die Landesregierung darum, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die steigenden Energiepreise möglichst sozial verträglich abgefedert werden, z.B. indem der Bund mit der Finanzierung eines Preisdeckels für

80% des durchschnittlichen Energieverbrauchs für eine bezahlbare Energiegrundversorgung sorgt. Ebenso wie mit der Garantie der Spareinlagen während der Bankenkrise und wie mit den Corona-Hilfen während der Pandemie ist der Bund auch jetzt in der Pflicht, mit einem Schutzschirm zugunsten der Verbraucherinnen und Verbrauchern für eine sozialverträgliche Lösung zu sorgen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, nach Vorstellung des Bundesentlastungspaketes dieses ggf. mit Mitteln sinnvoll zu ergänzen, um eventuell bestehende Lücken in den Entlastungsmaßnahmen des Bundes zu schließen. Dabei geht es auch darum, die Auswirkungen auf die Gesellschaft insgesamt, auf Schulen, Hochschulen und Kitas, auf soziale Einrichtungen sowie auf Vereine und Verbände aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, wie Sport und Kultur, zu berücksichtigen. Angeboten der Energie- und Schuldnerberatung kommt in dieser Situation eine besondere Bedeutung zu, sodass deren Finanzierung bedarfsgerecht anzupassen ist.

Durch die Preissteigerungen werden viele Menschen in Schleswig-Holstein ihre Miete nicht, verzögert oder nicht in voller Höhe zahlen können. Daher fordert der Landtag die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Wohngeld- und Energiekostenzuschüsse schnell und unbürokratisch beantragt und ausgezahlt werden. Zudem sollen auf Bundesebene eine Erhöhung von Regelsätzen, Wohngeld, Kindergeld und Kindergeldzuschlag sowie Maßnahmen zur Verhinderung von Mietkündigungen geprüft werden.

Zu einer gezielten Entlastung geringer und mittlerer Einkommen und einer nachhaltigen Senkung des Energieverbrauchs gehört ebenso ein bezahlbarer und attraktiver öffentlicher Nahverkehr. Daher bittet der Landtag die Landesregierung, sich auf Bundesebene für eine wirksame Förderung einzusetzen.

Der Landtag fordert die Landesregierung zudem auf, sich auch bei dem Spitzengespräch zur Energieversorgung dafür einzusetzen, dass vor dem Hintergrund der Energiekrise Stromsperren, gerade für Familien mit Kindern, vermieden werden.

Tobias Koch  
und Fraktion

Lasse Petersdotter  
und Fraktion